

## Pressemitteilung

Mainz/Frankfurt am Main, 23. Februar 2011

### Demografischen Wandel gestalten

- **Wohnungswirtschaft fordert landeseigenes Wohnungsgesetz**
- **Strukturschwache Regionen durch koordinierte Maßnahmen entlasten**
- **Pflicht zum Einsatz erneuerbarer Energien im Gebäudebestand abgelehnt**

Die rheinland-pfälzische Wohnungswirtschaft fordert in einem zur Landtagswahl vorgelegten 10-Punkte-Papier ein Wohnungsgesetz zur Gestaltung des demografischen Wandels. Rheinland-Pfalz habe bislang den seit 2006 durch die Föderalismusreform bestehenden Handlungsrahmen im Gegensatz zu zahlreichen anderen Bundesländern bislang nicht genutzt. Gerade aufgrund der durch den demografischen Wandel bestehenden Herausforderungen sei es, so die Wohnungswirtschaft in ihrem Forderungskatalog, jedoch dringend erforderlich, einen gesetzlichen Handlungsrahmen mit abgestimmten Zielen festzulegen.

Besonders in strukturschwachen Gebieten, wie sie in Rheinland-Pfalz aufgrund seiner ländlichen Struktur häufig vorkommen, müsse eine Kombination von Stadt- und Dorferneuerung mit der Revitalisierung von Wohnquartieren den Wegzug gerade jüngerer Bevölkerung verhindern, so Christof Henn, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft rheinland-pfälzischer Wohnungsunternehmen.

Zugleich warnte Christof Henn vor einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer, wie sie derzeit in vielen anderen Bundesländern diskutiert wird. „Eine solche Steuererhöhung würde zwar die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte verbessern, gleichzeitig aber die Gestaltungsspielräume der Wohnungswirtschaft deutlich einengen, etwa beim Erwerb so genannter Finanzinvestorenbestände“, sagte Christof Henn am Mittwoch, 23. Februar, vor Medienvertretern.

Ebenso wenden sich die Wohnungsunternehmen gegen eine Pflicht, erneuerbare Energien im Gebäudebestand einsetzen zu müssen. „Ein solches Gesetz würde Modernisierungen zusätzlich verteuern, weniger Modernisierungen wären die Folge“, erklärte Christof Henn.

Schließlich fordert die Wohnungswirtschaft die künftige Landesregierung auf, ihr Gewicht auf Bundesebene einzubringen, da hier wesentliche Entscheidungen, so etwa in der Förderpolitik oder im Mietrecht, anstehen. Die durch die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung artikulierte Kritik sei inhaltlich angemessen – auch und gerade was die Kürzung der Städtebauförderung, besonders im Programm Soziale Stadt, angehe. Auch die künftige Landesregierung sei hier gefordert. Einsatz forderte Henn von der Landesregierung auch beim Thema Bonitätsauskünfte. „Gerade erst haben Bielefelder Forscher herausgestellt, dass sich Vermieter am besten durch Bonitätsauskünfte vor so genannten Mietnomaden schützen können“, sagte Henn. „Die Regeln zu solchen Bonitätsauskünften müssen deshalb praktikabel bleiben.“

Der Arbeitsgemeinschaft rheinland-pfälzischer Wohnungsunternehmen gehören 63 Mitgliedsunternehmen aus dem Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen und dem Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft an. Sie haben sich zusammengeschlossen, um ihre wohnungspolitischen Interessen gegenüber der Landesregierung abzustimmen. Beide Verbände vertreten die Interessen von 419 Wohnungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen und 137 hessische Wohnungsunternehmen. Zu den Mitgliedsunternehmen der beiden Verbände zählen die Wohnungsbaugenossenschaften sowie kommunale, öffentliche und kirchliche Wohnungsunternehmen und Immobilienunternehmen der Privatwirtschaft. Gemeinsam streben sie bei der Bewirtschaftung und beim Immobilienhandel eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit an. Die Mitgliedsunternehmen der beiden Verbände investieren knapp zwei Milliarden Euro pro Jahr, was sich besonders in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise positiv auf die lokalen Märkte auswirkt.

---

Pressekontakte:

Andreas Gröhbühl, Pressesprecher des VdW Verbands der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen, Goltsteinstraße 29, 40211 Düsseldorf, Tel. 0211 / 16998-94, Fax 0211 / 16998-50, Mobil 0173 / 6342350, a.groehbuehl@vdw-rw.de, www.vdw-rw.de; www.wohnungswirtschaft-aktuell.de

Detlef Hans Franke, Pressesprecher des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW südwest), Tel. 069 / 95 43 16 0, Fax 069 / 95 43 16 25, Mobil 0171 / 41 42 811, detlef.franke@fup-kommunikation.de, www.vdwsuedwest.de

---